



Nachbarschaft wird auch im Sport gelebt: Deutsch-tschechische Fußballmannschaft der Jungen Aktion beim „Rechlovic-Cup“ im Jahr 2009.

Nachbarschaft:

Vom Nebeneinander zum Miteinander

Nachbarschaft heißt: Menschen leben nahe beieinander. In diesem Sinne ist unser Bild von der deutsch-tschechisch-slowakischen Nachbarschaft zunächst von der Landkarte bestimmt: Deutschland, Tschechien und die Slowakei grenzen aneinander. Allerdings darf nicht übersehen werden, dass auch innerhalb eines jeden dieser Staaten mancherorts Deutsche, Tschechen und Slowaken Tür an Tür wohnen. Die Nähe stellt die Nachbarn vor die Frage, wie sie damit umgehen wollen: Sollen sie es dabei bewenden lassen, einander zwar nichts zuleide zu tun, sich aber im Übrigen nicht umeinander zu scheren? Oder sollen sie sich dazu durchringen, ihr Nebeneinander

schrittweise zu einem Miteinander fortzuentwickeln? Die Ackermann-Gemeinde und zahlreiche andere Gruppierungen arbeiten an einer solchen Fortentwicklung seit Jahren. Aber viele Menschen hüben und drüben zeigen bislang keine große Neigung, aufeinander zuzugehen. Sie glauben zu wissen, wie der typische Deutsche, Tscheche, Slowake ist, nähren Vorbehalte und bleiben lieber auf Distanz. Nicht wenige Tschechen und Slowaken haben Angst vor deutscher Übermacht. Viele Deutsche schätzen zwar Smetana und Dvořák, fremdeln aber ansonsten gegenüber allem Slawischen.

Auf Dauer kann es jedoch nicht genügen, nur irgendwie nebeneinander zu leben. Ein solches kontaktarmes Nachbarschaftsverhältnis bleibt immer gefährdet. Es ist anfällig für Stimmungsmache. Alte Ressentiments und Animositäten können jederzeit aufleben. Vertrauen kann nicht wachsen. Es drohen Rückfälle in jene nationale Denkungsart, welche die Katastrophen in der Mitte des vorigen Jahrhunderts heraufbeschworen hat. Mit einer solchen Entwicklung würde dann auch die Chance sinken, dass die Europäische Union zusammenwächst. Soll das vermieden werden, ist es notwendig, dass sich die Nachbarn nicht nur ertragen, sondern für ein-

ander öffnen, das heißt positiv übereinander denken.

Eine solche Öffnung ist letztlich ein psychologischer Prozess. Er kommt aber nur in Gang, wenn er ideenreich geplant und durch zielbewusste Schritte angestoßen und in Gang gehalten wird.

- Ein erstes Ziel muss es sein, die Nachbarn näher kennenzulernen und Gemeinsamkeiten zu entdecken. Dazu sind schon viele Wege erfolgreich erprobt. Im Vordergrund stehen nicht so sehr Vergnügungsreisen in die Nachbarländer, sondern vor allem persönliche Begegnungen mit deren Bewohnern, das Erkunden ihrer Mentalitäten und Sorgen und das Entwickeln von Empathie für ihre Wesensart. Dazu gehört die Bereitschaft, sich wenigstens einige Höflichkeitsformeln aus der Sprache der Partner anzueignen. Einen guten Zugang eröffnet auch die Lektüre der literarischen Schöpfungen unserer Nachbarn, weshalb Übersetzungen solcher Texte wichtig sind. Schließlich geht es auch um Grundwissen über jene historischen Ereignisse, die bis heute nachwirken – die Schlacht am Weißen Berg, die Zerschlagung der Tschechoslowakei in den Jahren 1938/39, die Vertreibung der Deutschen, die kommunistische Diktatur und die Samtene Revolution, aber auch jene früheren Zeitabschnitte, in denen Herrscher wie Kaiser Karl IV. europäische Perspektiven im Blick hatten.

- Das Kennenlernen schafft die Grundlage, um gemeinsam zu handeln. Daraus lässt sich nicht nur wirtschaftlicher Nutzen ziehen, sondern auch vielfältiger ideeller Gewinn. Ein guter Weg ist es zum Beispiel, immer breitere Schichten der Zivilgesellschaft in kommunale, schulische und kirchliche Partnerschaften einzubinden und darauf zu achten, dass diese sich nicht in gegenseitigen

Besuchen erschöpfen, sondern auch gemeinsame Projekte anpacken.

- Über solche Zusammenarbeit hinaus bietet Nachbarschaft aber noch eine weitere Chance: Die Nachbarn können zu neuen Gemeinschaften zusammenwachsen, innerhalb derer sich dann Menschen verschiedener nationaler Prägung stärker miteinander verbunden fühlen als mit anderen Angehörigen ihrer eigenen Nation. Ausgangspunkt eines solchen Gemeinschaftsgefühls können etwa (historische) Landschaften sein: Wie sich einst Deutsche als Egerländer oder Böhmerwäldler gefühlt haben, so könnte auch in den heute dort lebenden Menschen verschiedener Muttersprachen wieder ein landschaftsgebundenes Zusammengehörigkeitsgefühl entstehen und in ein gemeinsames Verantwortungsbewusstsein für dieses Stückchen Erde münden. Ähnlich könnten auch die grenzüberschreitenden Euroregionen für ihre Bewohner zum Ausgangspunkt eines neuen Miteinanders werden, indem sie gesellschaftspolitisch so aktiviert werden, dass sich die darin lebenden Menschen unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit immer mehr als Angehörige einer neuen Regionalgemeinschaft fühlen. Nicht zuletzt sollte auch die gemeinschaftsbildende Wirkung der Religion noch stärker für ein nachbarliches Miteinander genutzt werden. Christen verstehen sich ja als Glieder einer großen übernationalen Gemeinschaft. Daraus folgt, dass sich auch im engeren Bereich der hier diskutierten Nachbarschaft die Mitglieder dieser Gemeinschaft als eine Aktionsgruppe verstehen müssen, die ihre geistige Verbundenheit in den Dienst nachbarlicher Nähe stellt.

All diese Entwicklungsmöglichkeiten ins Auge zu fassen, ist wichtig für das Gelingen einer guten

deutsch-tschechisch-slowakischen Nachbarschaft. Es ist aber zugleich ein Beitrag zur europäischen Einigung. Denn diese kann nur gelingen, wenn ein europäisches Zusammengehörigkeitsgefühl entsteht, das die traditionellen nationalen Trennlinien überspringt. Da kann es nur gut sein, wenn es in der Mitte Europas beispielhaft gelingt, das Nationalgefühl – „wir Deutsche“, „wir Tschechen“, „wir Slowaken“ – durch ein übergreifendes Zusammengehörigkeitsgefühl zu zähmen und damit zu zeigen, dass so etwas möglich ist und wie es geht.

Die Ausgestaltung der Nachbarschaft im Sinne eines solchen Miteinanders gewährleistet solide, tragfähige Beziehungen, schafft aber keine Idylle. Die Nachbarstaaten sind politisch und wirtschaftlich ungleich und haben nicht immer konforme Interessen. Deshalb kommt es darauf an, den Aufbau der deutsch-tschechisch-slowakischen Nachbarschaft mit der Bereitschaft zu verbinden, bei neu auftretenden Problemen frühzeitig einen freundschaftlichen Ausgleich zu suchen – mit kühlem Verstand und nachbarlicher Sympathie.

*Dr. Walter Rzepka
AG-Ehrenvorsitzender*

landwirtschaftlichen, gewerblichen, industriellen oder anderen Orte der Erwerbstätigkeit ...

Eine zweite, mindestens genauso wichtige Dimension von Heimat ist die soziale – der Ort, wo ich in menschlichen Bezügen stehe, Familie und Freunde habe, wo ich mich auskenne und mehr oder weniger das Zusammenleben mitgestalte, wo ich dazugehöre.

Eng damit verbunden ist die kulturelle Dimension von Heimat - Sprache und Dialekte, Lieder, Musik, Trachten, örtliches Brauchtum, Essensgewohnheiten. Vielerorts engagieren sich Menschen dafür, dieses „kulturelle Erbe“ zu erhalten. Zur kulturellen Dimension von Heimat gehören aber auch etwa Formen der Begrüßung oder die Weise, wie Diskussionen geführt und Entscheidungen getroffen werden.

Eine vierte Dimension schließlich ist die der Zeit – wer nach längerer Abwesenheit in die Heimat seiner Kindheit zurückkehrt, bemerkt die Veränderungen: Die „alte Heimat“ und das Jetzt sind nicht dasselbe, auch hier muss ich mich neu orientieren und vernetzen, wenn ich beheimatet leben will.

Für viele Menschen entwickeln sich im Lauf ihres beruflichen und familiären Lebens unterschiedliche Orte zu Heimat: Orte, wo sie sich verwurzeln, und Menschen, bei denen sie sich zu Hause fühlen. Sie bauen neue soziale Netzwerke auf, eignen sich den dort geltenden kulturellen Code an und finden ihren je eigenen Weg, ohne dass die „alte Heimat“ bedeutungslos wird.

In unserer Gesellschaft hat das oft mit dem beruflichen Werdegang zu tun und erfolgt ziemlich selbstverständlich; gleichzeitig erleben wir aber auch heute, wie viele Menschen vor Gewalt und Not fliehen müssen und

unter schwierigen Umständen nach einer neuen Beheimatung suchen, um leben zu können. Die Aufforderung, die Hans Schütz am Anfang der Geschichte der Ackermann-Gemeinde immer wieder an seine sudetendeutschen Landsleute richtete, nicht auf den gepackten Koffern mit den wenigen mitgebrachten Habseligkeiten sitzen zu bleiben, sondern an einer neuen Heimat mitzubauen, hat damals vielen Menschen geholfen, diesen schwierigen Prozess zu bewältigen.

So ist Heimat ein Begriff, der mit dem einzelnen Menschen, seiner Orientierung, Erfahrung und Zugehörigkeit zu tun hat. Heimat ist nicht statisch und immer gleich. Insofern kann Heimat auch nicht wie eine materielle Sache vererbt werden.

Allerdings war der Heimatbegriff lange juristisch besetzt, er ist am ehesten mit dem heutigen Staatsbürgerrecht zu vergleichen. Im alten Österreich bedeutete Heimatrecht beispielsweise den Anspruch auf ungestörten Aufenthalt in einer Gemeinde und auf Armenpflege im Falle der Not; ähnlich findet dieser Begriff heute noch in der Schweiz Verwendung.

Als „Recht auf Heimat“ wird Heimatrecht aus den Menschenrechten abgeleitet, wobei auch dazu heute eher das Staatsbürgerschaftsrecht konkrete Regelungen beinhaltet. In einigen Verfassungen deutscher Bundesländer wird es ausdrücklich erwähnt (so in Baden-Württemberg, Art. 2[2], im Freistaat Sachsen, Art. 5[1]); kürzlich gab es im Zusammenhang der Abwanderung ganzer Dörfer in Nordrhein-Westfalen eine sich auf das „Grundrecht auf Heimat“ berufende Auseinandersetzung, die bis zum Bundesverwaltungsgericht ging.

In der internationalen Rechtsentwicklung ist das Recht auf Heimat

umstritten; allerdings wird es in einer Entschließung der UN-Menschenrechtskonvention vom 17. April 1998 sehr ausdrücklich als verbindlich erklärt. So wird in Art. 4 festgestellt: „1. Jeder Mensch hat das Recht, in Frieden, Sicherheit und Würde in seiner Wohnstätte, in seiner Heimat und in seinem Land zu verbleiben.“

Andere Artikel dieser Konvention beinhalten ein Verbot von Vertreibungen und Umsiedlungen sowie ein Rückkehrrecht dort, wo zuvor Bevölkerungstransfers stattfanden.

„Heimat“ erscheint also in vielen Facetten – als Erfahrung, als Sehnsucht, als Entwicklung, als Recht – für jeden Menschen anders und neu.

*Dr. Barbara Krause
Mitglied im AG-Bundesvorstand*



Foto: ag

Nationalität: Monoethnischer Nationalstaat kein Ideal

Es war das große Thema des 19. Jahrhunderts: Der Wille, Staaten zu gründen entlang der Grenzen der Nation beziehungsweise des Volks. Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs sind die sogenannten Nationalstaaten letzten Endes das Ordnungselement in Europa geworden, das den Frieden sichern sollte. Die Katastrophe des Ersten Weltkriegs sollte sich nie wiederholen. Und dennoch: Der Virus des Nationalismus war nicht besiegt und führte unter Hitler und den Nationalsozialisten zu industriell organisierten Massenmorden, die die Menschheit bis dahin nicht gekannt hatte. Nach dieser größten selbst verursachten Katastrophe der

Menschheit hieß es am Ende des Zweiten Weltkriegs: „Nie wieder!“

Nie wieder Krieg! Nie wieder staatlich organisierter Massenmord! Aber auch: Nie wieder Nationalismus als Ursache des Übels! Nationalismus im Sinne einer – konstruierten – Blutsverwandtschaft all derer, die zu dem konkreten Staat gehören. Nationalismus im Sinne vor allem eines Ausschlusskriteriums für all diejenigen, die aus eben diesen konstruierten Gründen nicht zum Staatsvolk gehören sollen.

Die Bindungskraft der Nation hat auf der einen Seite nie ihre Bedeutung verloren. Auf der anderen Seite

sind die Staaten heute aufgrund von Migrationsbewegungen keine monoethnischen Staaten. Sie waren es wahrscheinlich nie. Diese Migrationsbewegungen liegen wie der Zuzug deutscher Kolonisten nach Böhmen zum Teil Jahrhunderte zurück, zum Teil sind sie aber auch Ergebnis wirtschaftlicher und politischer Entwicklungen der letzten Jahrzehnte. Ich denke an das zusammenwachsende Europa und die weltweiten Fluchtbewegungen wegen politischer Verfolgung, Krieg oder Armut.

Die Frage lautet: Wie gehen wir heute vernünftigerweise mit dem Gedanken der Nation um? Ist der Ge-

danke der Nation heute noch weiterführend? Wenn nein: Warum nicht? Wenn ja, unter welchen Umständen? Dass der Gedanke der Nation auch heute noch eine – in ihrer Berechtigung umstrittene – Macht hat, sehen wir an dem zunehmenden Einfluss rechtspopulistischer Parteien in Ungarn, Polen, aber auch in Deutschland.

Aber zunächst zum Grundbegriff: Wenn wir von „Nationalität“ sprechen, meinen wir sowohl die Zugehörigkeit zu einer Ethnie (Stamm, Volk) als auch die Zugehörigkeit zu einem Staat. Mit dem aus dem 19. Jahrhundert stammenden Begriff des Nationalstaats wird die Lage noch komplizierter; denn es wird unterstellt, dass es das Ideal sei, dass jede Ethnie ihren eigenen Staat habe. Hier sind dann „Ethnie“ und „Nation“ wieder austauschbar.

Weiterhin wird dabei unterstellt, dass es auch in Europa sozusagen „reine“ Nationalstaaten geben kann. Das wären monoethnische Gebilde, die sich einen staatlichen Rahmen gegeben haben. Aber schon diese Vorstellung ist ein Irrtum: Franzosen dürfen nicht vergessen, dass zu Frankreich auch die Bretonen und Basken gehören; Engländer sollten auch an die Waliser und Schotten denken. Und Deutsche sollten schon gar nicht verdrängen, dass der vermeintlich monoethnische Nationalstaat aus Bayern, Preußen, Westfalen und vielen „Ethnien“ mehr konstruiert wurde. Noch im 19. Jahrhundert war Köln für einen Münsterländer Ausland. Monoethnische Nationen hat es vermutlich nie wirklich gegeben.

Ethnie und Staatsvolk (Nation) - diese Doppelbedeutung, die im Begriff der Nationalität aufscheint, weist auch auf die Schwierigkeit der Fragestellung insgesamt hin: Benötigen wir einen Staat, der die Interessen einer Ethnie organisiert und vertritt? Zu fragen ist aber aus meiner Sicht noch

radikaler: Brauchen wir überhaupt Staaten, die eigene Interessen verfolgen? Oder ist es – auch aus ethischer Sicht – nicht eher richtig, das Zusammenleben von Menschen und Ethnien anders zu ordnen? Ist die Einrichtung von Staaten nicht der Anfang eines Sozialegoismus, der – ohne wirkliche Rücksicht auf andere – vor allem die eigenen Interessen verfolgt?

Die katholische Soziallehre hat in diesem Zusammenhang das Prinzip der Subsidiarität eingeführt. Dieses Prinzip geht davon aus, dass es unterhalb der globalen Ebene Nationalstaaten, Regionen, Kommunen geben muss, innerhalb derer es Menschen möglich ist, ihre eigenen Vorstellungen guten Lebens und einer guten Gesellschaftsordnung zu verwirklichen, ohne sie anderen aufzuzwingen. Nur kleinere Einheiten, die durch eine gemeinsame Sprache und ein höheres Maß an Gemeinsamkeiten zusammengehalten werden, gewährleisten auch demokratische Partizipation.

Die Alternative zu einem Weltliberalismus ohne staatliche Mauern könnte theoretisch dann eine Art Weltsozialismus sein, in dem auch die möglicherweise neu entstehenden Mauern nachbarschaftsähnlicher Subsysteme eingerissen würden. Die Kehrseite einer solchen Welt wäre aber die völlige Entwurzelung ihrer Bewohner; denn soziale Orientierung und eine spezifische Kultur können sich nur in relativ abgeschlossenen Gruppen entwickeln. Von daher muss es auf einer bestimmten Stufe politischer Organisation so etwas wie staatliche Souveränität geben, von der aus Zuwanderung kontrolliert und begrenzt wird. Unter diesem Aspekt sind Länder mit Vereinen vergleichbar, die den Zugang neuer Mitglieder regulieren, ihren Weggang aber nicht verhindern können. Einen Rechtsanspruch auf Mitgliedschaft hat ein Außenstehender nicht.

Aus ethischer Sicht müssen wir einen in der Tagespolitik manchmal bis ins Zynische gesteigerten Pragmatismus und Egoismus durchbrechen, dem es zuerst um die Sicherung des erreichten eigenen Wohlstands geht. Die Einteilung der Welt in Staaten ist grundsätzlich begründungsbedürftig. Sie dient – wenn sie ethisch gerechtfertigt sein soll – allein der Sicherstellung sozialer Güter, die ohne eine solche Einteilung nicht garantiert werden könnte.

Innerhalb von Staaten darf sich die Verteilung von Gütern und die Möglichkeit von Teilhabe nicht an ethnischen Kriterien orientieren. Eine Verteilung aufgrund von ethnischen Kriterien wird zu Recht als ungerecht bezeichnet. Der monoethnische Nationalstaat ist kein Ideal. Erstrebenswert ist vielmehr, dass alle diejenigen, die dauerhaft auf dem Territorium eines Staates leben, diesen auch mitgestalten können: in den demokratischen Prozessen, aber auch in Nachbarschaften, Vereinen und Organisationen. Die Ackermann-Gemeinde ist ein Beispiel für ein Miteinander, das nationale und kulturelle Grenzen überschreitet.

*Dr. Albert-Peter Rethmann
Mitglied im AG-Bundesvorstand*



Europa weckt
noch immer
Sehnsüchte.
Demonstranten am
27. November 2013
auf dem Majdan in Kiew
(Wikimedia Commons,
Foto: Evgeny Feldman)

Europa:

Europa reizt uns! Sind wir Europa?

Während diese Zeilen geschrieben werden, laufen in den Medien ununterbrochen Hiobsbotschaften, die jede einzelne für sich genommen schon geeignet wäre, den Glauben an ein Europa der Völker und Nationen und an ein friedliches Zusammenleben zu verlieren. Rechtsextreme Gruppen, populistische Strömungen und erklärte Europa-Gegner erhöhen stark ihre öffentliche Präsenz, erringen immer mehr Mandate in Parlamenten und nennen dies dann einen „Sieg gegen das System“. Der Krieg im Osten der Ukraine nährt zunehmend die Angst vor einem neuen Kalten Krieg und zeigt uns mit seinen brutalen Bildern, wie Zerstörung, Leid und Tod wieder Einzug in Europa gefunden haben. Rassismus, Intoleranz und menschen-

verachtende Parolen werden in vielen deutschen und europäischen Städten wieder „hoffähig“ und allwöchentlich durch die Straßen und über die Marktplätze geschrien. Tausende von Flüchtlingen, darunter viele allein reisende Kinder und Jugendliche, stranden im wahrsten Sinne des Wortes auf ihrer abenteuerlichen Flucht aus Kriegs- und Krisengebieten Afrikas und des Nahen Ostens in Europa. Dessen Staaten streiten sich, wie sie sich vor diesen Menschen „schützen“, sie im Falle ihrer Einreise dann „verteilen“ oder besser noch effektiv zurückschicken können. Terroristen ermorden auf bestialische Weise Menschen mitten in Europa, angeblich um ihren Glauben und ihren Propheten zu verteidigen.

Ist das unser Europa? Sind wir Europa?

Diese Sammlung ist beileibe noch nicht vollzählig. Tagtäglich erreichen uns weitere Hiobsbotschaften. Europa und seine Menschen sind jetzt mehr denn je herausgefordert, die eigene Existenz und die gemeinsamen europäischen Werte zu rechtfertigen und zu verteidigen. Die europäischen Werte? Gar gemeinsame europäische Werte? Das Zusammenstehen zu „gemeinsamen europäischen Werten“ ist eine Formulierung, die in kritischen Kommentaren gerne als inhaltsleere politische Worthülse abgetan wird, um sich schnell und einfach das zustimmende Nicken der vermeintlichen Mehrheitsmeinung einzufangen.

Václav Havel hat 1990 von der Notwendigkeit eines gemeinsamen Bemühens um ein „Europa als Einheit in der Vielfalt, um ein Europa, das der Welt nicht Krieg gibt, sondern Toleranz ausstrahlt, um ein Europa, das an seine besten kulturellen Traditionen anknüpft, um ein Europa, das niemand mehr mit giftigem Rauch und Wasser verpesten wird“, gesprochen. Wurde das zwischenzeitlich von uns erreicht?

Wir haben seit den 1950er Jahren Erstaunliches erlebt. Eine fast wunderbare Vermehrung der Mitglieder der Europäischen Union - von 6 auf 28 - und viele weitere Meilensteine der europäischen Geschichte liegen hinter uns. 2012 wurde die EU für ihren Einsatz für Frieden, Versöhnung, Demokratie und Menschenrechte in Europa mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Über eine halbe Milliarde Einwohner leben in diesem Staatenverbund. Europa ist aber mehr als nur der Staatenverbund der EU, Europa umfasst mehr Völker in weiteren Regionen dieses Kontinents als es dieser größte gemeinsame Wirtschaftsmarkt der Welt glauben machen lässt. In Europa dürfen wir in einer bisher so nie dagewesenen 70-jährigen Zeit des Friedens und der fortschreitenden Versöhnung der Völker leben. Frieden ist allerdings keine Selbstverständlichkeit. Das als europäisches Ideal sich darstellende friedliche und respektvolle Zusammenleben der Menschen in Europa ist leider bei weitem nicht vollumfänglich, wie die kurze Zusammenstellung am Anfang zeigt.

Die Völker Europas haben sich noch mit dem unmittelbaren Gefühl des blutigsten und erschütterndsten Konflikts in Europa, zuerst getrennt durch den Eisernen Vorhang und dann gemeinsam, auf den Weg gemacht, sich in den Dienst der Aufrichtigkeit und der Menschenwürde sowie auch der Entwicklung und des Fortschritts, aber vor allem des Friedens und der Vermeidung weiterer Kriege zu stellen. Hierzu gehört zweifelsfrei der Schutz der universellen, unveräußerlichen und unteilbaren Menschenrechte ge-

nauso wie die Förderung der Demokratie und des Rechtsstaats.

Das geht uns alle an, jeden Einzelnen von uns, heute und in Zukunft. Wir alle in ganz Europa sind gefordert, einen Beitrag auf diesem Weg zum Erreichen dieses Ziels zu leisten.

Viele große und noch mehr kleine Schritte

Es handelt sich um einen Auftrag, der niemals fertig und abgeschlossen sein kann. Versöhnung, Zusammenarbeit und ein Zusammenwachsen der Menschen in Europa erfordert viele große, aber noch mehr kleine Schritte aufeinander zu.

Dazu gehören auch starke öffentliche Gesten der Versöhnung und des guten Willens für ein zukünftiges dauerhaftes Miteinander von führenden Vertreterinnen und Vertretern einst verfeindeter Staaten und Völkern, die beispielhaftes Vorbild sind. Solche öffentliche Zeichen und Vorbilder dürfen keine einmaligen Veranstaltungen sein, sondern müssen nachhaltig europaweit gepflegt, regelmäßig wiederholt und gegebenenfalls institutionalisiert werden.

„Friede ist ein Gut, das fortwährend errungen werden muss und das größte Wachsamkeit erfordert“, mahnte Papst Franziskus in seiner Ansprache am 25. November 2014 vor dem Europarat in Straßburg. Papst Franziskus sieht hier Europa, seine Vertreterinnen und Vertreter, und damit uns alle besonders gefordert. Friede sei nicht nur das bloße Nichtvorhandensein von Kriegen, von Konflikten, von Spannungen. Vor allem die Suche nach gesellschaftlichen Lösungen bei bewaffneten Konflikten, bei Waffen- und Menschenhandel, der die Menschen in Handelsware verwandelt und sie jeder Würde beraubt, und die Förderung der Menschenrechte, mit der die Entwicklung der Demokratie und des Rechtsstaates verbunden ist, sei eine Herausforderung für Europa. Europa habe bereits hierfür der ganzen Welt große Beiträge geliefert und werde noch weitere liefern.

Gerade wir Christen sind aufgefordert, das Zusammenleben aller Menschen in Europa im Geist der Nächstenliebe aktiv mitzugestalten und trotz der vielen niederschmetternden Nachrichten aus allen Teilen Europas nicht zu resignieren, sondern in christlicher Hoffnung in vielen kleinen und großen Werken unseren Beitrag zum Ausbau des guten Hauses Europa zu leisten. Wir müssen uns öffentlich wie privat zu einem Leben miteinander bekennen, rassistischen und menschenverachtenden Parolen deutlich widersprechen, uns selbst kundig machen und den Menschen die europäische Idee erklären. Viele Menschen, darunter seit fast 70 Jahren auch die Ackermann-Gemeinde, tun dies bereits im Dienst des Friedens und der Versöhnung.

Europa ist sicher anstrengend und auch trotz hohen eigenen Anspruchs bei Weitem nicht fehlerfrei. Ein solcher Verbund von Staaten und Regionen, ein Zusammenwirken der Menschen unterschiedlichster Herkunft, Religionen und Traditionen ist derzeit wohl die einzige Chance dauerhaft friedlich miteinander leben zu können.

Martin Panten

Stellvertretender Bundesvorsitzender



Die Ackermann-Gemeinde ist ein Verband in der katholischen Kirche. Religiöse Elemente sind daher zentral bei den Aktivitäten, wie hier bei der Messe mit P. Deogratias Maruhukiro beim diesjährigen Rohrer Forum. (Foto: ag)

Katholisch:

Christliches Leben im Spannungsfeld

Der Begriff „katholisch“ kommt im Glaubensbekenntnis aller christlichen Konfessionen vor. „Katholisch“ (griechisch: „das Ganze betreffend/überall“) ist ein Adjektiv und erschließt seinen Sinn erst in der Verbindung mit Hauptworten. Anhand der Wortverbindungen „Katholische Kirche“ und „Katholische Christen“ soll der Frage nach einer konkreten Ausgestaltung christlichen Lebens nachgegangen werden.

Katholische Kirche:

„ortsnah“ und „weltweit“

„ortsnah“: Der einzelne Christ braucht eine Gemeinschaft, in der er seinen Glauben austauscht, stärkt, weiterbildet, Eucharistie/Abendmahl feiert, in

schwierigen Situationen getragen wird bzw. selbst Solidarität übt und Impulse für sein Handeln erhält. Jedem ist zu wünschen, dass er die Erfahrung machen kann, „dazuzugehören“, „willkommen zu sein“. Klassischer Erfahrungsort dafür ist in der katholischen Kirche die Pfarrei, wenn diese nicht auf Grund ihrer Größe schon zu anonym ist. Andere Erfahrungsorte bieten sich in einer Gruppe bzw. einem Verband wie z.B. der Ackermann-Gemeinde. Wichtig ist allerdings, dass man sich nicht mit einem schönen Miteinander begnügt, zum „Ofen wird, der sich selber wärmt“, sondern immer wieder auch mit anderen kirchlichen oder zivilgesellschaftlichen Gruppen im Austausch steht und kooperiert.

„weltweit“: Die christliche Kirche hat sich von Anfang an als Bewegung verstanden, die den Auftrag hat, ihre Botschaft „bis an die Grenzen der Erde“ zu tragen. Das 2. Vatikanische Konzil hat die über- und internationale Ausrichtung der katholischen Kirche betont. Es gilt also, nicht nur Solidarität mit Rom (römisch-katholisch); sondern weltweit zu praktizieren („urbi et orbi“ d.h. mit Rom und dem ganzen Erdkreis = Ökumene), sozusagen „ökumenisch-katholisch“ zu sein. Wer in weltkirchlichen Projekten und Partnerschaften tätig ist, weiß, welche großen Möglichkeiten zu Begegnung, Hilfe, Ermutigung und wechselseitigem Lernen mit dieser Arbeit verbunden sind. Die Ackermann-Gemeinde hat in ihrem

Programm die „Grenzüberschreitung“ Richtung Tschechien, Slowakei und Ostmitteleuropa stehen und arbeitet mit ihrer katholischen tschechischen Schwesterorganisation zusammen.

Mitgliedschaft und Beheimatung in der „Katholischen Kirche“ heißt also, die Orientierungspole „ortsnah“ und „weltweit“ in einer fruchtbaren Spannung zu halten. Was aber sind nun inhaltliche Orientierungspole, die die Lebenspraxis eines „katholischen“ Christen bestimmen?

Katholische Christen:

„gläubig“ und „politisch“

„gläubig“: Für einen „Christen“ heißt glauben, an Jesus Christus glauben, an Gott, den Vater, und den durch beide gesandten Heiligen Geist. Dieser Glaube hat eine neue Lebensgestaltung zur Folge, die das Bekennen und das Feiern dieses Glaubens sowie seine Umsetzung in praktisches Handeln einschließt. Glaubensbeziehung (wem-glauben) und Glaubenswissen (was-glauben) sind nicht von einander zu trennen. Gläubige Christen bemühen sich einerseits um die Pflege einer persönlichen Beziehung zu Jesus Christus, zu Gott (Gebet, Meditation,..) und sollen andererseits fähig sein, „Rede und Antwort zu stehen...über die Hoffnung, die (sie) euch erfüllt“ (1. Petrusbrief). Gläubig sein beansprucht „Kopf“, „Herz“ und „Körper“.

In der römisch-katholischen Kirche haben sich im Laufe der Jahrhunderte neben der regelmäßigen Teilnahme an der Eucharistiefeier vielfältige Frömmigkeitsformen entwickelt, die als „typisch katholisch“ gelten. Sie sprechen alle Sinne des Menschen an und prägen auch heute noch das Leben in Pfarreien und Verbänden: Sich Bekreuzigen, Kniebeuge, Engeldes-Herrn, Rosenkranz, Wallfahrten, Marien- und Heiligenverehrung, Weihwasser, Weihrauch und noch vieles mehr. Auch für das „Rede und Antwort stehen“ der Gläubigen, für den „Kopf“, ist in der römisch-katholischen

Kirche eine große Fülle von Angeboten entstanden: Katechese, Religionsunterricht, Erwachsenenbildung, theologische Fakultäten, Katechismen und anderes mehr. „Gläubig“ katholisch zu sein ist ein lebenslanger Lern- und Entwicklungsprozess.

„politisch“: Christen, die sich an Leben und Botschaft von Jesus Christus orientieren, werden auf ihre Verantwortung für den Nächsten, den Kranken, Armen und Unterdrückten verwiesen. Jesu Worte und Taten sind da ganz eindeutig: „Nicht, wer ‚Herr, Herr‘ sagt, sondern den Willen meines Vaters tut.“, „Gebt Ihr ihnen zu essen!“, „Geh hin und tu desgleichen!“. Das alleinige Vertrauen auf persönliche Frömmigkeit und theologische Gelehrtheit wird scharf kritisiert. Das Sich-Einmischen in das öffentliche Leben zu Gunsten der Armen und Unterdrückten, die Kritik an ungerechten Zuständen werden zum bleibenden Auftrag für die Christen.

In Deutschland übernehmen nicht erst heute Christen politische Ämter oder arbeiten in öffentlichen Diensten und Einrichtungen. Die katholische Kirche Deutschlands hat auch eigene Organisationen wie den Caritasverband und die kirchlichen Hilfswerke gegründet und mischt sich in die öffentliche Debatte z.B. um Fragen des Lebensschutzes, der sozialen Gerechtigkeit und der Friedenssicherung ein. Leider gibt es aber auch eine unselige Geschichte des Zusammenwirkens von Kirche und Staatsgewalt zum Nachteil der Menschen. Wenn also (römisch-)katholische Christen in einem Verband wie der Ackermann-Gemeinde sich in Fragen der Gerechtigkeit und des Friedens (Menschen- und Minderheitenrechte, Aufarbeitung gewaltbelasteter Vergangenheit, Versöhnung und Verständigung, Gestaltung der europäischen Einheit) engagieren und damit politische Verantwortung übernehmen, dann ist Ihnen zu wünschen, dass sie aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt haben und „eigenständig“, d.h. frei von par-

teipolitischer Vereinnahmung und Anbietung, „realistisch“, d.h. frei von ideologischen Sonntagsreden, und „klug“, d.h. im Bündnis mit gleichgesinnten christlichen und zivilgesellschaftlichen Gruppen sich äußern und handeln.

Zusammenfassung

Vier Orientierungspole wurden benannt, die das Adjektiv „katholisch“ näher bestimmen wollen. „Ortsnah“ und „weltweit“ stehen für die Beheimatung von Christen in der katholischen Kirche. „Gläubig“ und „politisch“ stehen für die inhaltliche Qualität ihres Handelns. Im Spannungsfeld dieser vier Pole lassen sich die Aktivitäten katholischer Christen in Pfarreien und Verbänden verorten, kritisch überprüfen und immer wieder neu ausrichten. Wem dabei das „Römisch“-Katholische nicht profiliert genug, d.h. abgegrenzt von anderen christlichen Konfessionen erscheint, dem sei gesagt, dass dann katholische Christen und ihre Kirche sich wohl auf einem guten „ökumenischen Weg“ befinden.

*Herwig Steinitz
stellvertretender Bundesvorsitzender*

Die Ackermann-Gemeinde hat es sich zur Aufgabe gemacht, als Gemeinschaft in der katholischen Kirche deutsch-tschechisch-slowakische Nachbarschaft zu gestalten und sich aus christlicher Verantwortung für Europa zu engagieren. Gegründet wurde sie 1946 von katholischen Vertriebenen aus Böhmen, Mähren und Schlesien. Aus der Herkunft und der Verbandsgeschichte leitet sich das Engagement für eine lebendige und versöhnte Nachbarschaft zwischen Deutsche, Tschechen und Slowaken sowie der Einsatz für das Zusammenwachsen Europas ab. Dennoch kann und sollte die Ackermann-Gemeinde nicht auf ihre Herkunft beschränkt werden.

Der Bundsvorstand hat daher im Herbst 2013 beschlossen, sich dafür einzusetzen, dass die Ackermann-Gemeinde von außen stärker durch die Themen, die den Verband heute beschäftigen und an denen seine Mitglieder aktiv arbeiten, wahrgenommen wird. Hierzu wurden unter anderem im Frühjahr 2014 eine fünfteilige Reihe in der Zeitschrift „Der Ackermann“ gestartet. In der Rubrik „Zur Diskussion“ wurde je ein Begriff, der für die Ackermann-Gemeinde von Bedeutung ist, durch jeweils ein Bundesvorstandsmitglied aufgegriffen und mit den Herausforderungen der heutigen Zeit in Zusammenhang gebracht.

Mit der Einladung diese Texte nochmals zu lesen, diese in Ihren Gremien zu diskutieren und dem Bundsvorstand entsprechende Rückmeldungen zu geben, wurden diese Diskussionsbeiträge in diesem kleinen Heftchen zusammengefasst.

Der Bundsvorstand freut sich auf Ihre Beiträge!

Für den AG-Bundsvorstan

München, im August 2015



Matthias Dörr
Bundesgeschäftsführer

Zur Diskussion - Beiträge aus „Der Ackermann -
Zeitschrift der Ackermann-Gemeinde“
(aus den Heften 2-2014 bis 2-2015)
Hg.: Ackermann-Gemeinde e.V.

Heißstraße 24, 80799 München,
Postfach 340161, 80098 München;
Tel. (089) 27 29 42-0, Fax (089) 27 29 42-40;
E-Mail: info@ackermann-gemeinde.de;
Internet: www.ackermann-gemeinde.de

Rückmeldungen erbeten per Mai an:
info@ackermann-gemeinde.de

